Frankenberger Tageblatt

Erscheint jeden Werktag abends. Bezugspreis: Bei Abholung in der Frankenberger Ausgabestellen monatlich 12 M. Bei Zustellung durch Boten im Stadtgebiet 13 M., nach den Landorten, ebenso allen Orten des deutschen Postgebiets 13.50 M. frei ins Haus. Einzelnummern 50 Pfg. Bestellungen werden von den Boten und Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie von allen Behörden angenommen. Postscheckkonto: Leipzig 42001. Gemeindegirokonto: Frankenberg 2. Fernsprecher: 31. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Die 38 mm breite einspaltige Petitzeile 2 M., im amtlichen Teile die 147 mm breite Zeile 8 M. Eingesandt und Reklamen im Redaktionsteile die 72 mm breite Zeile 6 M. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittelung 1 M. Sondergebühr. Für schwierige Satzarten u. bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Herausgeber, Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

№ 64 — Donnerstag den 16. März 1922 nachmittags — 81. Jahrgang

Markeneinnahme-Bücher
für die Bäckereibetriebe u. Mehlverkaufsstellen des Kommunalverbandes
sind sofort abzuholen.

Frankenberg, am 16. März 1922. Der Stadtrat.

V. Nachtrag

A.

Das Regulativ, die Prüfung und Revision der pneumatischen Bierdruckapparate betreffend, vom 24. 1. 1882 in der Fassung der Nachträge vom 15. 7. 1885, 30. 7. 1888, 26. 1. 1904 und 1. 4. 1920 wird wie folgt geändert:

I.

§ 6 wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt: Für ihre Tätigkeit erhalten die Revisoren folgende Gebühren:

a) für Prüfung eines neuen Apparates . . . 12.50 Mark
b) für die regelmäßige Prüfung eines Apparates
mit 1—3 Hähnen . . . . . 7.50 Mark
mit 4—6 Hähnen . . . . . 15.— Mark
mit mehr als 6 Hähnen . . . . . 20.— Mark
c) für jede Nachprüfung eines Apparates . . . 12.50 Mark

Die Gebühren zu a) und b) sind dem Revisor von der Gemeinde bezw. dem Besitzer des selbständigen Gutsbezirks, die Gebühren zu c) vor der Prüfung von dem Besitzer des Apparates zu zahlen. Weigert sich der Besitzer, die Gebühr für die Nachprüfung zu zahlen, so hat die Ortspolizeibehörde die sofortige Außergebrauchsetzung des fraglichen Apparates bis zur Entrichtung der Gebühr und anschließend erfolgten Nachprüfung zu verfügen.

II.

In § 18 werden die Worte „gemäß § 6 Absatz 4" in „gemäß § 6 Absatz 3" und die Worte „Geldstrafe bis zu 150 Mark" in „Geldstrafe bis zu 1500 Mark" umgeändert.

B.

Dieser Nachtrag tritt rückwirkend vom 1. Oktober 1921 an in Kraft. Für die vom 1. Oktober 1921 bis jetzt vorgenommenen Prüfungen sind von den Revisoren umgehend Nachtragsberechnungen bei den Zahlungsverpflichteten einzureichen.

Flöha, am 9. März 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Kaufmannsgerichtswahlen

In der Bekanntmachung vom 9. März ds. Js. hat es im Wahlvorschlag II unter 3 und 4 zu heißen:
3. **Richard Münzer**, Kontorist, Flöha,
4. **Paul Lohmann**, Buchhalter, Borstendorf.

Flöha, am 13. März 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Das Wichtigste vom Tage

Die bayerische Regierung hat beim Reichsfinanzministerium Schritte unternommen, damit den wirtschaftlich schwächeren Kreisen des **Mittelstandes** die Entrichtung der Reichseinkommensteuer für das Jahr 1920-21 in jeder Weise erleichtert wird, besonders durch die Gewährung von Stundung und durch die Genehmigung von Ratenzahlungen.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über die **Kündigungsbeschränkungen zugunsten Schwerbeschädigter** zugegangen, nach dem das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter und die dazu gehörige Verordnung des Reichsarbeitsministers bis zum 1. Oktober 1922 verlängert werden sollen. Dieses Gesetz ist notwendig, da die bestehenden Kündigungsvorschriften mit dem 1. April ablaufen, die Novelle, durch die die Kündigungsvorschriften dauernd in das Gesetz hineingearbeitet werden sollten, aber bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte, weil durch den Eisenbahnerstreik die notwendigen Besprechungen verhindert wurden.

Mit dem Dampfer „National" hat der **vierte Hilfstransport** des Berliner Auslandskomitees für die Hungernden in Rußland den Stettiner Hafen verlassen. Der Transport umfaßt annähernd 900 Tonnen und enthält u. a. die vollständige Ausrüstung für ein Kinderheim im Hungergebiet.

Der **deutsche Dampfer Otranto** aus Hamburg ist von den Griechen beschlagnahmt worden, weil er angeblich Kriegskonterbande geführt haben soll. Es bleibt abzuwarten, wie weit ein Prisengericht die Beschlagnahme aufrechterhalten wird, worin die Konterbande bestanden haben soll, ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Die bekannte liberale englische Zeitung „Manchester Guardian", die von jeher für Völkerverständigung und Völkerversöhnung eingetreten ist, wird unter der Leitung von Keynes 12 Sondernummern über **den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas** herausgeben. Neben Asquith, Nitti, Painlevé und Lenin werden als deutsche politische Mitarbeiter Wirth und Rathenau, als deutsche wirtschaftliche Mitarbeiter Staatssekretär Schröder, Dr. Melchior, Generaldirektor Kuno, Dr. v. Glasener und Franz Urbig genannt.

Poincaré wird in Begleitung des Justizministers Barthou im zweiten Drittel des Monats Mai Straßburg besuchen, um an dem Konareß der ehemaligen Frontkämpfer teilzunehmen. Nach den aus den ehemaligen Reichslanden durchdringenden Nachrichten ist man dort von der neuen französischen Verwaltung nicht besonders begeistert, so daß der Ministerpräsident einige bittere Wahrheiten hören kann, wenn er die wirkliche Stimmung des Landes an sich herankommen lassen will.

Am 8. November 1921 ist in Kirn a. d. Nahe eine junge Frau **von einem französischen Kürassier ermordet** worden. Da die Mordtat bisher noch nicht gesühnt, auch nichts für die hinterlassenen unmündigen Kinder der Getöteten durch die französische Regierung geschehen ist, hat der Abgeordnete Korell die Angelegenheit zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Reichstag gemacht.

Dauerkrise der Wirtschaft?

Von Dr. Alexander Elster.

Im Dezember 1921 und im Januar 1922 war die deutsche Handelsbilanz aktiv. Die Ausfuhr war im Werte größer als die Einfuhr. Nicht um vieles; aber es war doch ein merkantilistisches Plus zu unseren Gunsten. Zum Jubel ist darum gewiß kein Anlaß, und in der Valuta hat sich das nicht ausgedrückt — im Gegenteil, die Verschlechterung des Markkurses geht wieder accelerando vor sich. Aber etwas beweist jene wirtschaftliche Tatsache doch: daß die feindliche Vernichtungspolitik jedenfalls noch nicht am Ziele ist; daß sie immer noch schwere Arbeit hat; daß sie noch weitere Heere von Aufkäufern und fremden Einwanderern nach Deutschland schicken muß, um Deutschland allmählich ganz auszukaufen und ihm statt seiner guten Waren schlechteres und rasch sich verschlechterndes Geld zu geben. Dieser Wirbeltanz, in den Deutschlands arbeitsame Wirtschaft hineingestoßen wird, dreht ja hier die Gelder und die Waren in rasender Flucht umeinander, so daß der Wirtschafter sich wie auf einen Apparat im Vergnügungspark schwindlig hin- und hergeworfen sieht und größte Mühe hat, das Gleichgewicht zu behalten. Aus solcher mit der Valutapeitsche getriebenen industriellen Arbeit erklärt sich ja auch, warum — merkwürdig, aber wahr! — die Qualität der Waren sich wieder erheblich gebessert hat. Diejenigen Verbraucher, die Billiges zu kaufen wünschen, sind in Deutschland schon so verelendet, daß sie als Käufer kaum mehr in Betracht kommen; den Ton geben die Reichen an, die neuen und die fremden Reichen und dieser Ton ist schrill, aber groß. Sie können jeden Preis anlegen, weil sie seinen Gegenwert rasch wieder sich durch Verteuerung der eigenen Leistung oder durch Valutabewegung ersetzen lassen. Und dazu kommen die heute jedem Käufer zum Axiom gewordenen zwei weiteren Erwägungen: die eine: alle irgend entbehrlichen Geldmittel gewinnen an Wert, wenn sie in Waren angelegt sind, denn die Geldentwertung werde fortschreiten; die zweite: je besser eine Ware qualitativ ist, um so länger trotzt sie der Zeit und um so dauerhafter überragt sie die Geldentwertung. So heißt es: Qualitativ Gutes möglichst rasch zu kaufen. Schönes an Waren zu bieten, bringt also Erfolg. Für Geld wird schon die Reichsdruckerei sorgen, wenn man wertvolle Waren hat . . . .

Aber der Ausverkauf Deutschlands und die Gelddruckmaschine bewirken so vereint das immer schneller, wovor das Publikum zu fliehen trachtet. Die fixe Idee über die Verschlechterung der Zukunft ruft diese Verschlechterung machtvoll herbei, fordert sie geradezu und befördert sie — und der einzige reale Grund dafür liegt nicht in der Wirtschaft, sondern in der Politik.

Das ist der Zwiespalt, der Widersinn, das Unrecht: die Dezember- und Januarbilanz zeigen, daß Deutschland sich noch nicht so rasch für tot erklärt, wie die französische Politik es ersehnt — und einsichtige wirtschaftliche Kreise des Auslandes helfen Deutschland dabei, sich gegen die unbedingte Vernichtung zu wehren. Deshalb **dauert** die Krise.

Wirtschaft gegen Politik! Die fremden Machthaber, die Deutschland politisch niederzuhalten wünschen, verlangen zugleich von ihm, daß es Käufer auf dem Weltmarkt bleibt; daß es trotz wirtschaftlichen Druckes gute Preise zahlt; daß es trotz bitterster Notwendigkeit seiner Ausfuhr nicht billiger arbeitet als die geldlich gefestigten Länder — lauter Widersprüche in sich, und an diesen Widersprüchen krankt Europa oder geht — wenn nicht bald eine Aenderung eintritt — insgesamt zugrunde; denn Deutschland ist immer noch zu arbeitsam und zu volkreich, um allein untergehen zu können, ohne die anderen europäischen Kulturländer mit sich in den Abgrund zu ziehen. Dieselbe Stümperarbeit, wie sie die „große Drei" in Versailles geleistet haben, wird weiter von den Machthabern getan.

Mac Kenna, der ehemalige englische Schatzkanzler und jetzige Präsident der London Joint City and Midland Bank, — einer der Einsichtigen — sagte jüngst in einer Rede u. a.: „Der deutsche Wettbewerb zu Preisen, die viel niedriger sind, als unserer Leistungsfähigkeit entspricht, ist eine der Ursachen der Depression und der immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit in den letzten zwölf Monaten. Diese Wirkungen werden nicht nur bei uns gefühlt. Der ganze Weltmarkt wird gestört durch die Entwertung der Mark. In allen Ländern wurde Kapital investiert, der Handel organisiert, Millionen von Arbeitskräften haben ihre tägliche Beschäftigung darin gefunden, die Erfordernisse des auswärtigen und des heimischen Handels auf einer gewissen Grundlage von Angebot und Nachfrage zu beschaffen. Wenn man nun ein einziges Land zwingt, einen riesenhaften Export zu leisten, dessen Waren andere Weltmärkte überfluten, so muß die Bilanz des auswärtigen Handels aller Länder heftig erschüttert werden. Nun hat dieser scharfe deutsche Wettbewerb dazu geführt, daß unsere Produktionspreise eine künstliche Einschränkung der Erzeugung auf allen gefährdeten Gebieten in Angriff genommen haben. Es wird aber niemand unter uns sein, der diese künstliche Beschränkung der Produktion auf die Dauer für vorteilhaft hält; denn die Folge dieser Beschränkung ist, daß in Zukunft viel mehr Arbeiter zur Herstellung einer bestimmten Produktionsmenge benötigt werden, als vorher bei normaler Erzeugung. Dies verursacht höhere Produktionskosten und eine weitere Herabminderung unserer eigenen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem deutschen Export. Wenn die Produktionsbeschränkung in genügend großem Umfange auftritt, hat sie eine Erhöhung der allgemeinen Lebenskosten und daher eine Verminderung des Reallohnes zur Folge."

Der bekannte amerikanische Staatsanwalt Malcolm Sumner berichtete in englischen Zeitungen über „Deutschland in den Augen eines Amerikaners" und sagte unter anderem: „Was Europa heute fehlt, ist der plötzliche Ausfall von über 200 Millionen Verbrauchern, d. h., alle Versuche, um Vorräte anzuhäufen zur Wiederherstellung

Vor dem Zusammenbruch des deutschen Zeitungsgewerbes

Weimar, 14. 3. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Not der deutschen Presse nunmehr ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat, die Gefahrenzone überschritten und die Krisis im vollen Gang ist, ja, daß das Sterben der deutschen Zeitungswelt bereits einen erschreckenden Umfang erreicht hat, hatte der Verein Deutscher Zeitungsverleger zum Montag, den 13. März, nach Weimar eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der insgesamt 1827 deutsche Verleger und Herausgeber der Zeitungen aller Parteien und Richtungen vertreten waren. Die Versammlung nahm einmütig eine Kundgebung an, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß Zeitungen aller Art, kleine, mittlere und große, in kurzer Zeit zur

Stillegung oder mindestens zu weitgehenden Betriebseinschränkungen

gezwungen sein werden.

Schuld daran ist, so heißt es weiter, vor allem eine nur dem Namen nach freie Wirtschaft, bei der in Wirklichkeit die deutsche Presse der rücksichtslosen Preisdiktatur der Syndikate ausgesetzt ist. Die Papierfabrikanten schicken sich an, den Preis, der schon im Januar auf das Fünfunddreißigfache des Friedenspreises gestiegen war, für die nächste Zeit auf das Fünfzig- bis Sechzigfache des Friedenspreises zu erhöhen. Das übersteigt alles, was selbst in diesen Zeiten der Teuerung dagewesen ist, wenn man bedenkt, um welche Mengen Druckpapier es sich handelt und welche enormen Gewinne aus dem Holzstoff, dem Zellstoff und dem Papier herausgewirtschaftet werden.

Die Notlage der Presse ist seit langem von Regierung und Parlament anerkannt. Das hat aber leider nicht verhindert, daß andauernd die Presse trotz ihrer Notlage als ein Objekt der Luxusbesteuerung angesehen worden ist. Zu den ungeheuren, ganz plötzlich und in noch nie dagewesenem Umfange eintretenden, unerschwinglichen Verteuerungen des Papiers kommen wieder enorme neue Lasten für alle anderen Materialien, Löhne und Gehälter.

Diese Lasten sind nicht mehr zu ertragen.

Es steht zu befürchten, daß von heute auf morgen Stillegungen großer Betriebe eintreten. Wir bitten dringend, keine derartigen Schritte zu tun, ohne vorher mit der Berufsvertretung in jedem Falle erwogen zu haben, ob nicht doch noch eine Notstandsaktion möglich und praktisch durchführbar erscheint. Unumgänglich erscheint allerdings eine scharfe Einschränkung der gesamten Betriebe.

In letzter Stunde erheben die Herausgeber der deutschen Tageszeitungen ihre warnende Stimme angesichts einer Gefahr, die nicht nur eine große Gruppe von Privatunternehmungen bedroht, sondern eine

Einrichtung des öffentlichen Lebens,

von deren Unentbehrlichkeit und dringender Notwendigkeit man sich vielleicht leider erst überzeugen wird, wenn es zu spät ist. Schon vermag die deutsche Presse fast keine Auslandsvertreter zu unterhalten. Schon reisen geschäftige Agenten von Ort zu Ort, um nicht nur große, sondern selbst mittlere und kleinere Zeitungen zu „retten" auf eine Weise, die sie in die Hörigkeit unbekannter Mächte und fremdländischen Kapitals bringen wird.

Wir fordern die Reichsregierung, den Reichstag, die parlamentarischen Körperschaften in den Ländern auf, an die Stelle der Beteuerungen ihrer hohen Meinung von der Presse und der platonischen Einsicht in die Dinge die Tat treten zu lassen. Wir fordern strengste Maßregeln dagegen, daß die deutsche Presse gebunden ausgeliefert wird einer grenzenlosen Preistreiberei und Monopolwirtschaft auf dem Gebiete des Holzes, der Kohle, aller Vorprodukte des Papiers. Wir fordern die Sperrung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, so lange nicht das Papier für die deutsche Presse zu erträglichen Preisen sichergestellt ist. Wir fordern ferner die Aufhebung und künftige Unterlassung jeder Sonderbesteuerung der Presse. Unsere deutschen Verleger aber bitten wir, auf dem Wege der Selbsthilfe mit uns in Verbindung zu bleiben und, wenn die Stillegung der Zeitungen mangels eines Eingreifens der Regierung unabwendbar wird, gemeinsam zu handeln nach den Beschlüssen, zu denen wir dann noch eine allgemeine Verlegerversammlung einberufen werden.

Die Zeitungsleser machen wir darauf aufmerksam, daß die Bezugs- und Anzeigenpreise, die in den Zeitungen für den 1. April angekündigt werden, ausnahmslos nicht einmal die Kosten des Papiers decken, und daß daher für sämtliche Zeitungen nichts übrig bleiben kann, als auf diesem mißlichen Wege bis zum Zusammenbruch weiterzugehen oder die Stillegung bereits zum 1. April vorzunehmen in den Fällen, in denen die ungeheure Belastungsprobe nicht einmal mehr auf Wochen auszuhalten ist.

Die

Verantwortung für die Folgen der Einschränkung und Stillegung von Betrieben

müssen die deutschen Zeitungsverleger ebenso ablehnen, wie die dadurch entstehende Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Verantwortung dafür tragen allein diejenigen, die diese Zustände über die Presse verhängen und die es zulassen, daß Presse und Pressefreiheit willkürlich zugrunde gerichtet werden.